

# Nützliche Nachrichten 8/2007

## Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 10. August 2007

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

---

### Der Kommentar

#### Höchste Zeit für einen Waffenstillstand und Rückzug der Guerilla unter internationaler Beobachtung!

Memo Sahin

Trotz der Ultimaten und Putschdrohungen der Armee haben die Wähler zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei mehrheitlich anders entschieden, als die Generäle und die Kemalisten – „Hüter der türkischen Republik“ – es wollten. Sie haben ihre Stimme den in der geheimen Verfassung - Politikdokument der Nationalen Sicherheit - deklarierten zwei Feinden, sprich islamisch geprägte AKP und pro-kurdische DTP, gegeben.

Somit sind den Bastionen der Kräfte des Statu quo und der Kemalisten mit einem Beben der Stärke 8 der Richterskala nicht restaurierbare Schäden zugefügt worden.

Fast jeder zweite Wähler votierte für die von Armee und Kemalisten verfluchte AKP. Die Kurden haben es trotz vielerlei Hindernissen und Drohungen geschafft, über Direktmandate die erste kurdische Fraktion ins türkische Parlament zu senden.

Die Kräfte, die unter den schützenden Armen der Militär gegen die AKP und Kurden, gegen die EU und USA agierten, allen voran die Republikanische Volkspartei CHP und die faschistische Nationalistische Bewegungspartei MHP, die sich für eine Invasion gegen Irakisch-Kurdistan stark machten, haben zusammen 169 von 550 Sitze im Parlament erhalten.

Die Wahlergebnisse zeigen, dass die Wähler bereit sind für eine andere Politik. Eine Politik für die gerechte Verteilung der bestehenden Ressourcen, der Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit, der Beschleunigung des EU-Annäherungsprozesses, der Vorantreibung der Demokratisierung

und Rechtsstaatlichkeit sowie der gutnachbarlichen Beziehungen gegenüber den irakischen Kurden und der friedlichen Lösung der Kurdenfrage.

Neben der Parlamentsmehrheit, dem Parlamentspräsidenten und der Regierung wird die AKP in den nächsten Wochen auch den neuen Staatspräsidenten stellen. Die Legislative, die Exekutive und der Kontrollmechanismus (Staatspräsidentenpalais) gehören somit der AKP.

Nach der Wahl des neuen von der AKP zu nominierenden Staatspräsidenten kann die AKP nicht mehr wie bisher argumentieren: „Ich möchte es, aber andere hindern uns daran“.

Die Militärs und die Kemalisten haben alle ihre Karten verspielt und verloren. Trotzdem aber haben sie die Möglichkeit durch neue Provokationen den Weg der AKP zu versperren und die Türkei vor eine vollendete Tatsache zu stellen, die einem Selbstmord der Türkei gleichkommt.

Nach einer Invasion Irakisch-Kurdistan ohne Zustimmung der politischen Führung werden weder Wahlergebnisse, noch Regierungsparteien eine Rolle spielen, da eine Invasion Krieg bedeutet, denn einen Krieg führen die Generäle, nicht die gewählten Zivilen. Dem können Kriegsrecht und Aussetzung der Menschenrechte, vielleicht auch die Stilllegung des Parlamentes folgen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, die Argumente für eine Invasion Irakisch-Kurdistan aus der Welt zu schaffen und dem neuen gewählten Parlament, der AKP und der kurdischen Fraktion im Parlament eine Chance zu geben, um die Kurdenfrage schrittweise zu einer friedlichen Lösung herbeizuführen, ist es wünschenswert, dass die PKK über einen erneuten Waffenstillstand nachdenkt und die Absicht erklärt ihre Guerillaeinheiten unter internationaler Beobachtung nach Irakisch-Kurdistan zurückzuziehen.

Ein solcher Schritt käme der Entwaffnung der kriegswilligen Generäle gleich.

Um über in dieser Sache weitergehende Schritte unilateraler und bilateraler Art nachzudenken, empfiehlt es sich, einen Blick in das „Dossier II- Der türkisch-kurdische Konflikt“ von Andreas Buro zu werfen (<http://www.koop-frieden.de/monitoring-dossier2.pdf>). Hausaufgaben auch für Berliner und Brüsseler Politiker werden im genannten Heft verständlich und übersichtlich erklärt. Der Mut sich zu verändern und sich neuen Positionen zu öffnen, ist gefragt!

## Ereignis-Kalender

### Türkei sperrt Konten von Amnesty

Das Innenministerium in Ankara hat alle Bankkonten der türkischen Sektion der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) gesperrt. Zur Begründung hieß es, die Organisation habe Spenden gesammelt, ohne die erforderliche Genehmigung des Ministeriums einzuholen. "Dies ist eine massive Einschränkung der Organisationsfreiheit", sagt Levent Korkut, Vorsitzender der türkischen Amnesty-Sektion.

Amnesty habe gegen die Sperre der Konten rechtliche Schritte eingeleitet und werde notfalls den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen.

(FR und Die Welt, 20.6.07)

### Haftstrafe gegen Eren Keskin

Die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Eren Keskin ist wegen eines Redebeitrags auf einer DEHAP-Veranstaltung zum Thema Menschenrechte im Februar 2005 zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt worden. Ihr wurde zur Last gelegt, das Wort „Kurdistan“ verwendet und „Die Geschichte der Türkei ist eine schmutzige Geschichte“ gesagt zu haben.

Ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen Eren Keskin wurde aufgrund einer vom türkischen Generalstab gestellten Strafanzeige wegen eines in der deutschen Tageszeitung Tagesspiegel am 24. Juni 2006 erschienenen Interviews eingeleitet, in dem sie sich zum Anschlag auf das Oberste Verwaltungsgericht und mögliche Verwicklungen des Generalstabs geäußert hatte.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Eren Keskin, ihr Leben sei bedroht. Sie verwies auf die kurdische Frage, die Lynchversuche der jüngsten Zeit sowie die mafiösen Strukturen in der Türkei. Jüngste Polizeioperationen hätten die These bestätigt, dass es Militärs seien, die hinter den Bandenstrukturen steckten. Im Bezug auf ihre Verurteilung erklärte sie: „Ich werde das Wort Kurdistan weiter benutzen. Dieses Wort wurde bereits in jener Zeit verwendet, als die Republik Türkei gegründet wurde.“

(Yeni Özgür Politika, 11.7.07; ISKU)

### Leyla Zana für Bundesland Kurdistan

Im Laufe des Wahlkampfes wurde Leyla Zana mit einer Reihe weiterer Ermittlungsverfahren konfrontiert. Auf einer Wahlveranstaltung in Iğdır am 20. Juli 2007 forderte Zana zur Lösung der Kurdenfrage eine Generalamnestie und die Errichtung eines Bundeslandes Kurdistan. Mit ihren Äußerungen

löste sie eine Diskussion aus, als sie zur Sprache brachte, dass es möglich wäre innerhalb eines Bundesstaates auch ein Bundesland Kurdistan zu institutionalisieren, wie es dies schon in der osmanischen Zeit gegeben hat. Sie sagte: „Ich weiß, das ist ein Tabu, aber es ist die einzige Lösung. Ein Bundesland Kurdistan zersplittet die Türkei nicht. Kurdistan ist für die Kurden unverzichtbar. Ein System der Bundesstaatlichkeit wird die Türkei vereinen.“ Auf einer Pressekonferenz in Van auf ihre Worte in Iğdır hin angesprochen erklärte sie: „Ich bin die Stimme des Volkes. Gleichzeitig verschaffe ich den Erwartungen des Volkes auch Gehör. Ich sehe darin die Zukunft der Türkei. Ich sehe auch das Interesse der Türkei eben genau darin. Ich bin fest davon überzeugt, dass genau diejenigen die heute meinen Worten zürnen in 5 oder 10 Jahren diejenigen sein werden, die das umsetzen und praktizieren werden. In anschließenden Gesprächen erklärte sie weiterhin: „Die Errichtung von Bundesländern ist kein Separatismus sondern ein Lösungsmodell und findet in vielen Ländern Anwendung.“

(ANF und DİHA, 21.7.07, ISKU)

### Wahlen in der Türkei

Die islamisch orientierte Regierungspartei AKP des Ministerpräsidenten Erdogan ist aus den vorgezogenen Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 und dem Kräftemessen mit dem kemalistisch-nationalistischen Militär als klarer Sieger hervorgegangen. Die DTP, die mit unabhängigen Direktmandaten an den Wahlen teilnahm, um die undemokratische 10% Hürde umzugehen, ist als zweiter Sieger der Wahlen zu betrachten. Über die Liste „Bündnis der Unabhängigen – Liste der 1.000 Hoffnungskandidaten“ gewann sie 22 der 550 Abgeordnetensitze im türkischen Parlament.

Unter den gewählten Unabhängigen Kandidaten befinden sich Ufuk Uras und Akin Birdal. Uras kehrte nach der Wahl wieder zu seiner Partei ÖDP zurück. Birdal trat der kurdischen Fraktion der DTP bei. Der mit einem Gerichtsurteil belegte Hamid Geylani darf nicht Mitglied einer Partei sein und deswegen darf er der kurdischen Fraktion nicht beitreten. In den Reihen der DTP kamen 8 Frauen ins Parlament.

Im Parlament vertretene Parteien	Sitze im Parlament
Gerechtigkeit- und Entwicklungspartei (AKP)	341
Republikanische Volkspartei (CHP)	99
Nationalistische Bewegungspartei (MHP)	70
Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP)	20
Demokratische Linkspartei (DSP)	13
Unabhängige Parlamentarier	4
Große Einheitspartei (BBP)	1
Partei für Freiheit und Solidarität (ÖDP)	1
Gesamt	549

Insgesamt erhielt bei den Wahlen die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) 16,3 Millionen Stimmen (46,6 %) und 341 Abgeordnete. Die dem Militär eng verbundene kemalistische Staatspartei Republikanische Volkspartei (CHP) unter Deniz Baykal bekam 7,3 Millionen Stimmen (20,9 %) und stellt 112 Abgeordnete. Da davon 13 nach der Wahl in die DSP

eingetreten sind, blieben für CHP 99 Sitze im Parlament. Die von Devlet Bahçeli geführte rechtsradikale Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) erhielt 5 Millionen Stimmen (14,3 %) und verfügt über 70 Abgeordnete. Die unabhängigen Kandidaten vereinigten insgesamt 1,8 Millionen Stimmen auf sich. Unabhängig kandidierte auch der ehemalige ANAP Vorsitzender und Ministerpräsident Mesut Yılmaz sowie Vorsitzender der Ultranationalistischen BBP, Muhsin Yazıcıoğlu. Die DTP holte eine in einem Istanbuler Gefängnis sitzende Kurdin, Sebahat Tuncel, ins Parlament. Sie erhielt in Istanbul, ohne dass sie einer Wahlveranstaltung beiwohnen konnte, über 90.000 Stimmen und wechselte direkt vom Knast ins Parlament. Dem neuen türkischen Parlament gehört auch einmalig in der Geschichte der Türkei einer kurdischen Fraktion an. Ob sie den Erwartungen gerecht werden und die geweckten Hoffnungen erfüllen kann, hängt auch von der Bereitschaft der im Parlament vertretenen Parteien ab, allen voran der AKP, die Kurdenfrage schrittweise friedlich zu lösen und ob die PKK der DTP einen geeigneten Spielraum ohne Diktat gewähren wird.

### Entschädigung türkischer Art

Einer Familie aus Mardin, deren Dorf und Haus zerstört wurden, wurde eine Entschädigungszahlung von 406 Lira (230 €) zugestanden. Dieser Betrag, den die Familie nach zwölf Jahren Vertreibung erhalten hat, ist kein Scherz.

Wie der Anwalt der Familie Vedat Özkan mitteilte, sei das Urteil „komisch und verwunderlich“. Nötigenfalls werde man vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen. Das Dorf der Familie Kaya sei entvölkert worden, das Haus niedergebrannt und die Familie seit zwölf Jahren gezwungen, fern der Heimat zu leben. Wie Hunderttausende andere kurdische Familien war auch die Familie Kaya nach der Entvölkerung ihres Dorfes Bagarasi in Mardin-Derik gezwungen, sich woanders niederzulassen. 2004 wurde ein Gesetz zur „Begleichung von Schäden, die aus dem Terror und dem Antiterrorkampf entstanden sind“ erlassen.

(Yeni Özgür Politika, 6.8.07, ISKU)

### ai Jahresbericht 2007: TÜRKEI

Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2006:

Nachdem in den vergangenen Jahren eine Reihe von Gesetzesänderungen vorgenommen worden waren, zeichneten sich im Berichtszeitraum bei der Umsetzung der darin vorgesehenen Reformen nur mäßige Fortschritte ab. Nach wie vor wurde mit strafrechtlichen Schritten gegen Menschen vorgegangen, die in friedlicher Weise von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hatten. Im Kontext eskalierender Kampfhandlungen zwischen den Sicherheitskräften und bewaffneten Einheiten der Kurdischen Arbeiterpartei PKK war in den östlichen und südöstlichen Provinzen der Türkei eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation zu beobachten. In anderen Teilen des Landes verübten bewaffnete Gruppen vermehrt Anschläge gegen Zivilisten. Im Zuge gewalttätiger Proteste in Diyarbakir sollen die Ordnungskräfte mit exzessiver Gewalt gegen Demonstranten vorgegangen sein. Während die Zahl der Vorwürfe über Folterungen und Misshandlungen im Großen und Ganzen rückläufig war, trafen Berichte ein, denen zufolge die

Polizei inhaftierte Protestteilnehmer verbreitet Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt hat. Anlass zu Kritik gaben ferner unfaire Gerichtsverfahren und die Haftbedingungen in den Gefängnissen des sogenannten F-Typs. Die Schaffung von Frauenhäusern kam nur schleppend voran. (...)

#### Recht auf freie Meinungsäußerung

Nach wie vor waren in der Türkei Gesetze in Kraft, die das Recht auf freie Meinungsäußerung in gravierender Weise einschränkten und auf deren Grundlage strafrechtliche Ermittlungen gegen Journalisten, Schriftsteller, Verleger, Intellektuelle, Menschenrechtsverteidiger und Studenten eingeleitet wurden, die lediglich in friedlicher Weise ihren Überzeugungen Ausdruck verliehen hatten. Einige dieser Ermittlungen endeten mit der Verurteilung der Betroffenen.

Ein Großteil der Strafverfahren wurde unter Rückgriff auf Paragraph 301 des Strafgesetzbuchs eingeleitet, der die Herabwürdigung des Türkentums, der türkischen Republik und der Institutionen des Staates unter Strafe stellt. (...)

Türkische und internationale Menschenrechtsverteidiger setzten sich nachdrücklich für die Abschaffung von Paragraph 301 des Strafgesetzbuchs ein und begründeten ihre Forderung mit der »Rechtsunsicherheit«, die dieser Paragraph geschaffen habe. Die Argumentation des Justizministers, durch die Herausbildung einer ständigen Rechtsprechung würde willkürlichen Strafverfolgungsmaßnahmen ein Riegel vorgeschoben, wiesen sie zurück.

Auch andere Paragraphen des Strafgesetzbuchs in der seit 2005 gültigen Fassung enthielten Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung. (...)

#### Tötungen unter umstrittenen Umständen

Nach vorliegenden Meldungen starben im Berichtszeitraum erneut Zivilisten an den Folgen tödlichen Schusswaffengebrauchs durch die Sicherheitskräfte. Die offizielle Darstellung lautete in der Regel, die Opfer seien erschossen worden, weil sie sich dem Zugriff der Sicherheitskräfte zu entziehen versucht hätten. Die Umstände der Tötungen deuteten jedoch in vielen Fällen darauf hin, dass unter Missachtung des Gebots der Verhältnismäßigkeit tödliche Gewalt angewandt worden ist. Bei einigen der Tötungen könnte es sich um extralegale Hinrichtungen gehandelt haben. Als problematisch wurde weithin Paragraph 16 des revidierten Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus kommentiert, der die Anwendung tödlicher Gewalt nicht ausdrücklich nur auf Situationen beschränkte, in denen Menschenleben unmittelbar in Gefahr sind. Der fragliche Paragraph ließ den direkten und ohne Vorwarnung möglichen Gebrauch von Schusswaffen zu, um eine »Gefahrensituation« abzuwenden, und könnte somit ein Hindernis für umfassende und unparteiische Ermittlungen in Fällen tödlichen Schusswaffengebrauchs der Sicherheitskräfte darstellen.

Bei Demonstrationen gingen die Sicherheitskräfte weiterhin mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen die Teilnehmer vor. Im Anschluss an die Beisetzung von vier PKK-Mitgliedern in Diyarbakir kam es im März zu Demonstrationen, die zu gewalttätigen Ausschreitungen eskalierten. Dabei wurden zehn Menschen getötet, unter ihnen vier Minderjährige. Acht der Opfer starben an Schussverletzungen. Bei dem Vorfall wurden zudem zahlreiche Demonstranten und Polizeibeamte verletzt. Die Todesfälle zogen Ermittlungen nach sich, welche Ende des Berichtszeitraums noch andauerten. Die Proteste in Diyarbakir griffen auf andere Städte über und forderten auch dort Menschenleben.

## Folterungen

Nach wie vor trafen Berichte über Folterungen und Misshandlungen durch Beamte mit Polizeibefugnissen ein, allerdings nicht mehr in der Häufigkeit wie noch in den Vorjahren. Zu den geschilderten Methoden zählten die Verabreichung von Schlägen, Todesdrohungen, Schlafentzug und die Verweigerung von Wasser und Nahrung. Zum Teil fanden derartige Übergriffe in inoffiziellen Hafteinrichtungen statt. (...)

## Straflosigkeit

Ermittlungen zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte waren nach wie vor mit schweren Mängeln behaftet. In Teilen der Justiz ließ sich keinerlei Bereitschaft ausmachen, die für Übergriffe Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. (...)

## Politische Einmischung in die Arbeit der Justiz

Der Prozess um den Bombenanschlag in Semdinli war das Ergebnis von Ermittlungen, in die Regierungsmitglieder und ranghohe Militärs anscheinend eingegriffen hatten. So waren in der von der Staatsanwaltschaft im März veröffentlichten Anklageschrift der für die Provinz Hakkari zuständige Armeebefehlshaber und andere Militärs als mutmaßliche Tatbeteiligte benannt worden. Der zuständige Staatsanwalt hatte die Militärjustiz ersucht, eigene Ermittlungen aufzunehmen, um den Verdacht der Verwicklung örtlicher Militärs in den Anschlag zu klären. Das türkische Justizministerium leitete daraufhin ein Disziplinarverfahren wegen Verletzung von Dienstpflichten gegen ihn ein. Im April wurde der Staatsanwalt vom Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte seines Amtes enthoben. Er legte gegen seine Entlassung Widerspruch ein, blieb damit aber erfolglos.

## Zweifel an der Fairness von Gerichtsverfahren

Auf der Grundlage der Antiterrorismusgesetze angeklagte Personen mussten mit langwierigen und unfairen Prozessen vor Sonderstrafgerichten rechnen, die im Juli 2004 an die Stelle der Staatssicherheitsgerichte getreten waren. Die Staatsanwaltschaften an diesen Gerichten stützten ihre Beweisführung häufig auf Aussagen, die unter Folterungen zustande gekommen sein sollen. Prozesse, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als unfair beanstandet worden waren und deshalb neu aufgerollt werden mussten, hielten dem Kriterium der Unparteilichkeit nach wie vor nicht stand und beinhalteten auch keine Überprüfung und Neubewertung der Beweislage. Die Verfahren zogen sich zudem extrem in die Länge. Vorschriften zur zeitlichen Begrenzung der Untersuchungshaft waren bis Ende 2006 noch nicht rechtswirksam geworden und trugen überdies der Erfordernis, Gerichtsverfahren innerhalb angemessener Fristen abzuschließen, nicht ausreichend Rechnung.

## Haftbedingungen

Insassen in Gefängnissen des sogenannten F-Typs berichteten von Misshandlungen, überaus harten Disziplinarsanktionen und Einzelhaft oder Kleingruppenisolation. Im September veröffentlichte der Europäische Ausschuss zur Verhütung der Folter einen Bericht, der auf Erkenntnissen beruhte, die er während eines Inspektionsbesuchs in türkischen Hafteinrichtungen im Dezember 2005 gewonnen hatte. Der Ausschuss sprach sich nachdrücklich dafür aus, Gefangenen deutlich mehr Zeit für gemeinschaftliche Aktivitäten zugestehen. Er warnte vor den »äußerst schädlichen Auswirkungen« der Isolationshaft, die unter Umständen als eine Form »unmenschlicher und erniedrigender Behandlung« anzusehen sei. (...)

## Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Der türkische Gesetzgeber erkannte das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nach wie vor nicht an und stellte keine Alternative zum Militärdienst zur Verfügung.

Im Oktober wurde der Kriegsdienstverweigerer Mehmet Torhan in einem Wiederaufnahmeverfahren vom Militärgericht der Stadt Sivas zu zwei Jahren und einem Monat Freiheitsentzug verurteilt. Die Richter sprachen ihn der Befehlsverweigerung in zwei Fällen schuldig, weil er zwei Einberufungsbefehlen nicht Folge geleistet hatte. (...)

amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland  
Tel: 0228/983 73-0 - Fax: 0228/63 00 36, info@amnesty.de

## 21 Jahre IHD

Der Menschenrechtsverein (IHD) kämpft seit 21 Jahren in der Türkei für Menschenrechte. Wie die Vorsitzende Reyhan Yalcindag aus Anlass des Jahrestages des 1986 gegründeten Vereins auf einer Pressekonferenz erklärte, sei der Verein dabei „Zeuge von 21 schmerzhaften Jahren der Türkei“ geworden. Trotz aller Anstrengungen sei Folter immer noch weit verbreitet, so Yalcindag. Im Zeitraum seit der Vereinsgründung seien so viele Parteien, Gewerkschaften und weitere demokratische Massenorganisationen verboten worden, dass die Türkei buchstäblich zu einem Friedhof für Parteien und Organisationen geworden sei. Der IHD habe in dieser Zeit für Rechte und Freiheit gekämpft, indem er sich gegen jede Art von Rechtsverletzung gestellt habe.

Der Verein begreife sich als eine Art Feuerwehr gegen Rechtsverletzungen und strahle die Botschaft aus: „Wir gehen dorthin, wo es brennt.“ Seit der Gründung habe der Verein 21 Vorstandsmitglieder durch Mord oder Folter verloren. Es sei der IHD gewesen, der erstmalig Fälle von Tod und Verschwinden in staatlichem Gewahrsein vor den EMGH gebracht habe.

Zur kurdischen Frage erklärte Yalcindag: „Die kurdische Problematik gehört zu den größten Menschenrechtsproblemen in der Türkei. Der IHD hat die Menschenrechtsverletzungen, die aus der ungelösten kurdischen Frage resultieren, beobachtet, dokumentiert und in der Türkei und der gesamten Welt öffentlich gemacht. Er hat gegen die Rechtsverletzungen, die aus dem Kriegszustand resultieren, sowie die Dorfentvölkerungen gekämpft. Der IHD hat einen gesellschaftlichen Frieden gefordert und immer daran geglaubt, dass die kurdische Frage nur mit demokratischen Methoden gelöst werden kann. Der IHD vertritt die These, dass nicht nur die kurdische Frage, sondern alle Probleme im Zusammenhang mit Sprache, Religion, ethnischer Herkunft und Kultur, mit dem Übergang zum Prinzip der Demokratie gelöst werden können.“

(ISKU, 18.7.07)

## Französische Sozialisten fordern Lösung der Kurdenfrage

Die sozialistische Partei Frankreichs (PS) hat nach den Parlamentswahlen die türkische Regierung dazu aufgefordert, erste Schritte für die Lösung der Kurdenfrage zu unternehmen. Auf ihrer offiziellen Internetseite wiesen sie darauf hin, dass der Ausgang der Wahlen als deutliches Zeichen für den Wunsch nach Demokratie zu werten sei. Sie begrüßten die Präsenz der

kurdischen Minderheit im zukünftigen Parlament durch den Einzug der Unabhängigen, bedauerten jedoch den Einzug der nationalistischen und gegen Europa eingestellten extremen Rechten.

(ANF, 25.7.07)

## Osman Murat Ülke droht erneute Haft

Türkische Militärgerichte widersetzen sich der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Am 27. Juli 2007 hatte das Gericht in Eskisehir die Verfügung zur Vollstreckung einer Haftstrafe gegen den bereits mehrmals wegen seiner Kriegsdienstverweigerung verurteilten Osman Murat Ülke bestätigt. Es verwies dabei auf ein Urteil des Militärberufungsgerichtes vom 29. Mai 2007, in dem dies feststellte, dass jede einzelne Befehlsverweigerung eines Kriegsdienstverweigerers eine neue Straftat darstelle.

Damit stellt sich die türkische Militärgerichtsbarkeit in eklatanter Weise gegen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Der Gerichtshof hatte am 24. Januar 2006 die Türkei verurteilt, da sie gegenüber Osman Murat Ülke gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen habe.

Osman Murat Ülke war wegen seiner Kriegsdienstverweigerung zwischen 1996 und 1998 bereits acht Mal verurteilt worden und mehr als 23 Monate inhaftiert. Nun wurde er aufgefordert, eine Reststrafe von 17 Monaten und 15 Tagen anzutreten, die aus einer Verurteilung wegen Befehlsverweigerung aus dem Jahre 1999 resultiere. Osman Murat Ülke lebt an unbekanntem Ort in Izmir. Er kann jederzeit verhaftet werden, um die Haftstrafe anzutreten. Zudem droht ihm erneute Rekrutierung und Strafverfolgung.

Die Türkei erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an. Jeder türkische Mann ist mit 20 Jahren zur Ableistung des Militärdienstes verpflichtet. Kriegsdienstverweigerer, die sich aufgrund ihrer Entscheidung weigern, eine Uniform anzuziehen oder Befehle zu verweigern, werden wegen Befehlsverweigerung angeklagt und nach Verbüßung der Haftstrafe erneut einberufen. Dieser Teufelskreis kann ein Leben lang fortbestehen, da die Wehrpflicht in der Türkei erst nach Ableistung des Militärdienstes als erfüllt gilt.

Zugleich wurde bekannt, dass der türkische Kriegsdienstverweigerer Halil Savda am 28. Juli 2007 nach über einem halben Jahr Haft freigelassen wurde, nachdem er eine am 12. April 2007 ausgesprochene Haftstrafe verbüßt hatte. Ein zweites Urteil von einem Jahr und dreieinhalb Monaten ist noch nicht rechtskräftig. Zudem wurde er nach seiner Entlassung erneut einberufen. Somit sieht sich Halil Savda einem ähnlichen Teufelskreis, wie andere Kriegsdienstverweigerer gegenüber. Sie werden lebenslang illegalisiert, gelten als Deserteure und sehen sich der ständigen Gefahr von Verhaftung, Verurteilung und Inhaftierung gegenüber.

Weitere Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten sind zu finden unter <http://www.Connection-eV.de/aktion>.

(Connection e.V., PM vom 31.7.07)

## Amerikanisch-türkische Geheimoperation gegen die PKK sabotiert

Der stellvertretende Sprecher des State Departments, Tom Casey, hat die Behauptung des bekannten Journalisten Robert Novak demontiert, die USA und die Türkei würden eine Geheimoperation zur Entführung der Spitzen der kurdischen Separatisten vorbereiten.

"Für mich klingt das wie ein gutes Sujet für einen Spionageroman. Ich weiß jedoch nichts davon und kann es nicht kommentieren, selbst wenn ich Bescheid hätte. Ich würde Sie deshalb an die zuständigen Aufklärungsbehörden verweisen, wenn Sie eine Stellungnahme haben wollen", beschied Casey die Medien.

Novak hatte am 30. Juli 2007 in der Washington Post behauptet, hochrangige Vertreter der Bush-Administration würden mit türkischen Regierungsvertretern unter strengster Geheimhaltung an einem Plan für eine Geheimoperation für die Zerschlagung der PKK und die Ergreifung ihrer Anführer arbeiten.

Wie es in dem Blatt heißt, hat der stellvertretende Pentagon-Chef Eric Edelman Ende Juli einige Kongressabgeordnete gemäß Rechtslage vertraulich unterrichtet und davon informiert, dass Sondereinsatzkräfte der USA die türkischen Truppen bei der Neutralisierung der Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unterstützen würden.

Edelman habe sich von dem Erfolg überzeugt gezeigt, jedoch für den Fall aller Fälle Vertraulichkeit zugesagt, um sich von der Operation distanzieren zu können.

Die USA wollten, schreibt Novak in seinem Artikel, die Türkei durch die gemeinsame Operation von einem bewaffneten Einmarsch im Nachbarland abhalten.

Ein Paar Tage später schrieb Novak: „Wenn ich mit meinem Artikel eine solche Operation sabotiert habe, bin ich überglücklich. Die USA haben mehrmals die Kurden verraten. Eine Organisation, die von einer Gruppe als Terrorist bezeichnet wird, kann von Anderen als Befreiungsbewegung geschätzt werden.“

Die Türkei hat immer wieder mit einem Einmarsch in das Nachbarland gedroht, sollten die irakische Regierung und die US-Truppen es nicht fertig bringen, die PKK-Lager im Norden des Landes effektiv zu bekämpfen.

(RIA Novosti, 1.8.07; Yeni Özgür Politika, 4.8.07)

## „Friedensrat der Türkei“ wird gegründet

Nach langer Vorarbeit wird am Weltfriedenstag, dem 1. September, die Gründung eines „Friedensrates der Türkei“ deklariert werden. Der Friedensrat soll als Dachorganisation der Friedensbewegung in der Türkei dienen und wird an einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage und der Errichtung eines dauerhaften Friedens arbeiten. Die Arbeit wird von vielen Intellektuellen wie den Schriftstellern Yasar Kemal und Vedat Türkali unterstützt.

Vorangegangen war eine Konferenz unter dem Motto „Die Türkei sucht ihren Frieden“ im Januar in Ankara, an der eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Politikern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen beteiligt waren. Wie das daraus hervorgegangene „Sekretariat der Friedensinitiative für eine demokratische Lösung“ jetzt mitteilte, seien die Bedingungen für die Gründung des Friedensrates herangereift.

Die Gründung werde am 1. September in Ankara im Rahmen einer Tagung mit mindestens 500 Teilnehmern bekannt gegeben. Die Arbeitsweise und -prinzipien sowie die Satzung werden in den kommenden Tagen festgelegt.

Die Friedensarbeit in der Türkei findet seit einigen Jahren unter verschiedenen Namen und in verschiedener Form statt. Nach dem erneuten Aufflammen der Kriegshandlungen im Jahr 2004 entstanden die „Intellektuellen-Initiativen“, die insbesondere mit Friedensdeklarationen an die Öffentlichkeit traten. Es entstanden in mehreren Städten regionale Friedensinitiativen, die im Januar auf der Konferenz in Ankara mit der Beteiligung weiterer Intellektueller zusammenkamen. Nach der Konferenz wurden wiederum mehrere Versammlungen und Aktivitäten unternommen, mit denen die Grundlage für einen türkeiweiten Friedensrat geschaffen wurde.

(Yeni Özgür Politika, 6.8.07, ISKU)

## Todesurteile in Iranisch-Kurdistan

Am 16. Juli 2007 wurden Adnan Hassanpour und Abdolvahed (Hiva) Boutimar von dem Revolutionsgericht in Sanandaj ohne Rechtsbeistand zum Tode verurteilt.

Adnan Hassanpour wird „Vorgehen gegen das System, Gefährdung der nationalen Sicherheit, die Spionage und ein Interview mit TV-VOA“ und Hiva Boutimar, Mitglied der NGO „Sabz Chia“ (Grüner Berg) wird „die Angehörigkeit zu einer kurdischen Oppositionspartei“ vorgeworfen.

Hassanpour ist Journalist, Menschenrechtsaktivist und ein Redaktionsmitglied der bereits von Behörden geschlossenen Zeitung „Aso“. Er wurde vor sechs Monaten verhaftet und war aus Protest gegen seine Folterung zweimal in Hungerstreik getreten.

Boutimar ist Bürgerrechtaktivist und Umweltschützer und wurde am 12. Februar 2007 von Sicherheitskräften an Stelle seines Bruders Hadi Boutimar festgenommen.

Internationales PEN-Zentrum, Kurdisches PEN-Zentrum, Journalisten ohne Grenzen und etliche weitere Organisationen haben die internationale Gemeinschaft zu sofortigem Handeln für die beiden kurdischen Journalisten Adnan Hasanpur und Hiwa Botimar aufgerufen.

„Das Regime der Islamischen Republik nutzt die Fokussierung der Weltöffentlichkeit auf sein Atomprogramm sowie das unverständliche Schweigen des Westens zu den systematischen Menschenrechtsverletzungen im Iran aus, um jede Stimme nach Freiheit im Land, vor allem in Kurdistan, zu unterdrücken und zu ersticken.

Wir appellieren an die Menschenrechtsorganisationen und alle demokratischen Kräfte und die EU-Regierungen, die Situation ernst zu nehmen und sich für die Aufhebung der ungerechtfertigten Todesurteile sowie die Freilassung kurdischer Gefangene setzen einzusetzen.

Wir fordern die Internationale Gemeinschaft auf, ihr fatales Schweigen zu andauernden gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Iran zu brechen, die Verbrechen der islamischen Diktatur zu verurteilen und das Regime zur Einstellung der Gewalt und Unterdrückung in Kurdistan und ganzem Iran unter Druck zu setzen“, hieß es in einer Pressemitteilung der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran vom 24. Juli 2007.

(<http://www.pen-kurd.org/>; ANF, 26.7.07, ISKU)

## Die Türkei und die Minderheitenrechte am Beispiel der kurdischen Sprache

Jutta Hermanns, Rechtsanwältin

In der Türkei leben ca. 15-Millionen Menschen kurdischer Herkunft. Sie stellen somit ca. 1/5 der Gesamtbevölkerung dar. Ihre Sprache, das Kurdische, gehört zur indo-europäischen Sprachenfamilie und hat keinerlei Ähnlichkeit mit dem Türkischen. Die eigene Sprache einer Bevölkerungsgruppe bedeutet ein wesentliches Merkmal ihrer Identität und ist Ausdruck ihrer Selbstbestimmung. Die Mitglieder einer Bevölkerung können sich zumeist in ihrer Muttersprache am Besten ausdrücken. Viele Kurden, insbesondere Frauen aus den ländlichen Gegenden, sprechen zudem Türkisch gar nicht oder nur rudimentär.

Die hohe Bedeutung, die der Praktizierung und Vermittlung der eigenen Sprache einer Bevölkerungsgruppe zukommt, schlägt sich in etlichen europäischen und internationalen Abkommen nieder. So heißt es in der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprache (vom 05.11.1992) ausdrücklich, dass es ein unveräußerliches Recht der Minderheiten und Völker in Übereinstimmung mit dem Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte darstellt, die eigene Sprache im privaten Bereich und insbesondere auch im öffentlichen Leben zu gebrauchen.<sup>1</sup> Gem. Art 27 des Zivilpaktes der Vereinten Nationen, den die Türkei am 23.09.2003 ratifiziert hat, ist jeder Staat darüber hinaus verpflichtet, Positivmaßnahmen zu ergreifen, um die Wahrnehmung dieser Rechte nicht nur zu garantieren, sondern zu fördern<sup>2</sup>.

Um sich dieser Verpflichtung insbesondere der kurdischen Bevölkerung gegenüber zu entziehen, hat die Türkei einen Vorbehalt gegenüber Art. 27 des Zivilpaktes dahingehend erklärt, dass sie nur Minderheiten im Sinne des Lausanner Vertrages von 1923, d.h. religiöse Minderheiten mit rechtlichem Sonderstatus, als Minderheiten i.S.v. Art 27 des Zivilpaktes anerkenne<sup>3</sup>. Zu derartigen Vorbehalten heißt es jedoch in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 24 des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen vom 04.11.1994, dass Vorbehalte, welche zwingenden Normen des Paktes widersprechen, ungültig sind. Zu diesen zwingenden Normen gehört der Minderheitenschutz des Art. 27 Zivilpakt in der Ausformung, die er durch den Menschenrechtsausschuss erhalten hat<sup>4</sup>.

Die Praxis der Türkei bezüglich des Umganges mit der kurdischen Sprache belegt, dass die Türkei die Existenz des kurdischen Volkes sowie die Pflicht zur positiven Förderung des Überlebens und der ständigen Entwicklung desselben nach wie vor nicht anzuerkennen bereit ist. Zwar wurde das strikte Verbot der kurdischen Sprache 1991 aufgehoben, und die

<sup>1</sup> Präambel der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/148.htm>

<sup>2</sup> Die „General Comments“ zu den VN-Menschenrechtsverträgen, Nomos Verlag, S. 97, „Die Rechte der Minderheiten“ vom 08.04.194, Allgemeine Bemerkung Nr. 23; <http://www.ohchr.org/english/bodies/hrc/comments.htm>

<sup>3</sup> [http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/4\\_1.htm](http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/4_1.htm)

<sup>4</sup> <http://www.ohchr.org/english/bodies/hrc/comments.htm>

Reformpakete im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen ließen eine gewisse Lockerung erhoffen. Die jüngsten Beispiele von Repression verdeutlichen jedoch die Halbherzigkeit bei der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen. Dafür folgende Beispiele:

1. Der Bürgermeister des Stadtteils Sur in Diyarbakir, Abdullah Demirbas, wurde durch Beschluss des 8. Senats des obersten Verwaltungsgerichts der Türkei (Danistay) vom 14.06.07 auf Antrag des türkischen Innenministeriums seines Amtes enthoben. Mit der gleichen Entscheidung wurde der gesamte Gemeinderat von Sur aufgelöst. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass der Gemeinderat beschlossen hatte, in seinen alltäglichen Amtsgeschäften und Dienstleistungen neben dem Türkischen auch andere Sprachen, unter anderem die kurdische Sprache, zu verwenden<sup>5</sup>. Die Notwendigkeit für diesen Schritt habe bestanden, da der Gemeinderat in der Lage sein müsse, mit den Bürgern, für welche er tätig sei, kommunizieren zu können. Eine Untersuchung hatte ergeben, dass 72% der Einwohner von Sur Kurdisch sprechen, aber nur 24% Türkisch und kleinere Gruppen zudem Arabisch, Armenisch und Aramäisch.

Gegen Abdullah Demirtas sind etliche Verfahren anhängig. (...)

2. Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, ist u.a. mit Strafverfahren überzogen worden, da er in den letzten zwei Jahren die Neujahrswünsche auf drei Sprachen, nämlich Türkisch, Kurdisch und Englisch verfasst hatte. Die Strafverfahren sind wegen Verwendung des Kurdischen auf § 222 Abs. 1 Türkisches Strafgesetzbuch gestützt, wonach mit Haft von 2 bis 6 Monaten bestraft wird, wer entgegen des Gesetzes Nr. 1353 vom 01.11.1928 Buchstaben verwendet, welche der Türkischen Sprache fremd sind. Hierzu gehört auch der Buchstabe „w“, welcher im kurdischen Neujahrswunsch vorkommt.

Die Tatsache, dass die Anklagen sich nur auf das Kurdische stützten, obwohl auch in den englischen Neujahrswünschen „We wish you a happy new year“ mehrmals das „W“ auftaucht, belegt auch nach Meinung des Vorsitzenden der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, Joost Lagendijk, dass es sich bei der Anklageerhebung um einen rein politischen Akt handele<sup>6</sup>.

Zwar wurden diese Verfahren letztendlich eingestellt, da der Justizminister seine Zustimmung zur Strafverfolgung nicht erteilte. Die permanente Bedrohung, mit Ermittlungsverfahren dieser Art überzogen zu werden, dient jedoch offensichtlich dem Ziel, kurdische Politiker mundtot zu machen. Allein gegen Osman Baydemir sind mehr als 60 Ermittlungs- und sieben Strafverfahren wegen unterschiedlicher Vorwürfe anhängig.<sup>7</sup>

3. Am 19.06.07 berichtete die Nachrichtenagentur TNN, dass die Generalstaatsanwaltschaft in Ankara gegen den Kreisvorsitzenden der kurdischen Partei DTP von Kars Anklage gem. § 222 TStGB erhoben habe, da er in einer Mitteilung über die Probleme und Lösungsstrategien in der Region Kars an den Ministerpräsidenten Erdogan die kurdische Sprache verwendet habe<sup>8</sup>.

4. Insbesondere die Glückwunschkarten zum kurdischen Newroz-Fest, welche durch kurdische Politiker zumeist neben

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.06.07, „Die Türkei setzt kritische kurdische Bürgermeister ab“ von Rainer Hermann; Tagblatt, 16.06.07, [www.tagblatt.ch](http://www.tagblatt.ch)

<sup>6</sup> Zaman, 23.06.07

<sup>7</sup> FAZ, a.a.O.

<sup>8</sup> <http://haber.tnn.net>

anderen Sprachen auch auf Kurdisch verfasst werden, führen regelmäßig zu Anklagen wegen Verstoßes gegen § 222 TStGB. So in diesem Jahr u.a. gegen 4 Funktionäre der DTP in Van, gegen den Bürgermeister und andere in Sirnak<sup>9</sup>.

5. Im Januar 2007 wurde durch das Ordnungsamt in Dogubeyazit, Kreis Agri, veranlasst, dass das Namensschild eines öffentlichen Familien-Teegartens, welchem durch Beschluss der Stadtgemeinde der Name „Ehmede Xani Park“ gegeben worden war, durch Polizeikräfte abgehängt wird, da die Verwendung dieses Namens gegen § 222 TStGB verstoße<sup>10</sup>. Ehmede Xani, geb. 1651 im Dorf Xani bei Hakkari, ist der bekannteste kurdische Dichter der Geschichte, welcher das Epos „Mem u Zin“ verfasst hat und entscheidend zur kurdischen Sprachentwicklung beitrug.

6. Am 14.02.07 waren der ehemalige Vorsitzende der kurdisch orientierten politischen Partei HAK-PAR sowie 12 weitere Parteifunktionäre durch die 3. Kammer des Schwurgerichts Ankara zu Haftstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr verurteilt worden, weil sie die Einladungen zum und manche Reden auf dem Parteikongress am 04.01.07 sowohl auf Türkisch als auch auf Kurdisch gehalten hatten, was einen Verstoß gegen das Parteiengesetz darstelle. Zugleich wurde ein Verbotsverfahren gegen die Partei eingeleitet<sup>11</sup>.

7. Im Juni 2007 sind in Mersin 39 Studentinnen und Studenten unter anderem mit der Begründung zwangsexmatrikuliert worden, sie hätten bei Protesten wegen Übergriffen türkischer Faschisten gegen zwei kurdische Studenten, die schwer verletzt worden waren, im Dezember 2006 kurdische Lieder gesungen und kurdische Volkstänze getanzt<sup>12</sup>.

8. Im August 2006 wurden mehr als 1.200 Kinderbücher in Form von 25 Pippi-Longstrumpf-Titeln aus Schweden, welche ins Kurdische übersetzt worden waren, durch den türkischen Zoll in Istanbul beschlagnahmt, da die nötige Genehmigung des Ministeriums für Bildung zur Einfuhr kurdischer Bücher nicht vorliege. Die Organisation Komak, die sich für die Bildung kurdischer Kinder in der Türkei engagiert, wollte die Titel in die Büchereien von fünf kurdischen Dörfern bringen. Die Bücher wurden erst Anfang Juni 2007 auf Intervention des schwedischen Außenministeriums freigegeben<sup>13</sup>.

9. Zu welch absurden Reaktionen türkischer Nationalismus führen kann zeigt anschaulich die Diskussion in Medien und im Ministerium für Umweltangelegenheiten vom März 2005, manche international anerkannte lateinische Namen aus Flora und Fauna wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“ zu ändern. Die Lateinischen Namen lauteten: „vulpes vulpes kurdistanica“, „ovis armeniana“ und „capreolus capreolus armenius“<sup>14</sup>. Letztendlich wurde klargestellt, dass eine derartige Änderung nicht in Betracht kommt. In früheren Zeiten beschäftigten Begriffe aus Flora und Fauna schon die Gerichte: Edip Polat hatte 1992 ein auf wissenschaftlichen Nachforschungen beruhendes Buch veröffentlicht, in dem ca. 100 Pflanzen und 20 Tiere mit separatistisch anmutenden Namen veröffentlicht wurden, zu welchem der bekannte Soziologe Dr. Ismail Besikli ein Vorwort

<sup>9</sup> Bericht der türkischen Menschenrechtsstiftung THIV vom 25.06.07

<sup>10</sup> YÖP, 07.01.2007, DIHA

<sup>11</sup> radikal, 15.02.07

<sup>12</sup> <http://www.diclehaber.com>, 15.06.2007 17:34

<sup>13</sup> [volksgruppen.orf.at/diversity/Stories/54743/](http://volksgruppen.orf.at/diversity/Stories/54743/); evrensel, 15.06.07

<sup>14</sup> Istanbul Post, 11.04.2005,

<http://www.istanbulpost.net/05/04/02/geissen.htm>

verfasst hatte. Dreimal wurden die beiden Autoren durch das Staatssicherheitsgericht freigesprochen, dreimal wurde der Freispruch durch den Kassationsgerichtshof aufgehoben, bis am Ende eine Verurteilung gem. Art. 8 Anti-Terror-Gesetz zu 20 Monaten Haft, welche in Geldstrafe umgewandelt wurde, erfolgte<sup>15</sup>.

Berlin, den 26.06.07

## 5 Mrd. US-\$ Handelsvolumen zwischen Irakisch-Kurdistan und der Türkei

Trotz der politisch angespannten Lage hat sich der Handel zwischen der Türkei und dem Irak in den letzten Jahren gut entwickelt. Das Handelsvolumen wird mittlerweile jährlich auf ca. 5 Mrd. US-Dollar geschätzt und 1.200 türkische Firmen sind in Irakisch-Kurdistan aktiv. Seit drei Jahren wird in Gaziantep eine Irak-Messe organisiert. Dieses Jahr nahmen daran mehr als 1.000 Firmen aus 30 Ländern teil, u.a. aus Deutschland und der Schweiz. Der prosperierende Markt wird allerdings im Rahmen des Kampfs gegen die PKK bedroht. Besonders problematisch erscheint hier die mögliche Schließung des direkten Grenzübergangs Habur.

(Mesop, 4.8.07; imap Institut)

## Reisebericht Kurdistan-Irak 23.-27.7.2007

Claudia Roth/ Winni Nachtwei

Nachdem AA und BKA aufgrund von Sicherheitsbedenken von der Reise dringend abgeraten hatten, war der Verlauf der Reise insgesamt friedlich und völlig reibungslos. Insofern war schwer nachvollziehbar, warum wir nicht von der deutschen Botschaft begleitet werden konnten. Die Region Kurdistan-Irak ist nicht nur im Vergleich zum restlichen Irak, sondern auch mit anderen Spannungsgebieten als relativ stabil einzuschätzen. Anschläge wie zuletzt im Mai 2007 und davor 2005 sind nicht auszuschließen, kurdische Sicherheitsdienste versuchen aber mit hohem Aufwand und großer Professionalität eine Ausweitung der Spannungen zu verhindern. Das ist angesichts der Sicherheitslage im restlichen Irak und den Spannungen um Kirkuk und den weiteren zwischen Kurden und anderen Ethnien umstrittenen Gebieten schwierig, internationale Unterstützung für Kurdistan ist deshalb unerlässlich. Denn die Stabilität Kurdistan-Iraks liegt im unmittelbaren Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik und der EU. Dies kommt auch dem gesamten föderalen Irak zugute, nicht zuletzt weil mittlerweile tausende Araber in den Norden geflüchtet sind.

• Kurdistan-Irak ist nach der irakischen Verfassung eine autonome Region innerhalb des föderalen Gesamtstaates. Alle namhaften kurdischen Politiker betonen den Willen, im Gesamtstaat zu verbleiben. Sie betonen zudem, dass sie derzeit die Brückenfunktion zwischen Sunniten und Schiiten einnehmen und einnehmen wollen, nicht zuletzt in Person des Staatspräsidenten Jalal Talabani. Wenn damit auch eigene

<sup>15</sup>

[http://www.radikal.com.tr/ek\\_haber.php?ek=r2&haberno=4488](http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=4488)

Interessen verbunden sind, bleibt dennoch richtig, dass kurdische Politiker und teils sogar kurdische Sicherheitskräfte auch und gerade im Zentralirak eine wichtige Rolle spielen. Beim Thema Kirkuk und den anderen umstrittenen Gebieten (§140 der irakischen Verfassung) wurden klare kurdische Ansprüche deutlich, allerdings deutete sich in den Gesprächen eine vorsichtige Zustimmung zu einer einmaligen, technischen Verschiebung des Referendums zur Lösung der anstehenden Fragen (Normalisierung, Zensus) an. Eine Unterstützung Kurdistan-Iraks durch die EU und eine Begleitung der Reformprozesse wäre deshalb kein Beitrag zu Abspaltungstendenzen (die in der Bevölkerung teils existieren) sondern ein wichtiger Beitrag zur regionalen Deeskalation und Stabilisierung.

• Die Probleme in der Region Kurdistan sind gewaltig: Ökonomische Probleme, Defizite und erst beginnende Reformen im Bereich Justiz, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und ca. 750.000 Binnenvertriebene bedeuten eine enorme Herausforderung für die kurdische Regionalregierung. Traditionelle Clanstrukturen und die Differenzen zwischen den (all)mächtigen Parteien KDP und PUK bestehen auch nach der wichtigen Bildung einer gemeinsamen Regierung fort, allerdings bemüht sich die Regierung glaubhaft um Reformen, zum Beispiel im Bereich Frauenrechte und Justiz. Wenige, aber aktive NGOs fordern dies ein.

• Abschiebungen aus Deutschland in den Norden sind völlig unverantwortlich, da sie geeignet sind Kurdistan-Irak in einer Umbruchsituation und schwierigen ökonomischen Lage zu destabilisieren. Ein Abschiebestopp muss bis auf weiteres für den gesamten Irak gelten. Dies gilt erst Recht für das vom bayrischen Innenministerium verfügte, skandalöse Abschiebevorhaben in die Spannungsregion Kirkuk.

• Zahlreiche Kurden mit langer Deutschlandenerfahrung und teils deutschem Pass bilden ein riesiges Brückenpotential für Deutschland, das zum Beispiel in Form von Kulturprojekten und stärkerem Austausch im Bildungssektor genutzt und gefördert werden muss.

• Deutschland und die EU sollten im Rahmen einer vorausschauenden Irakpolitik eine sichtbare und nachhaltige EZ und TZ in Kurdistan-Irak beginnen. GTZ, KfW, INWENT, THW und andere Durchführungsorganisationen sollten im Bereich Rechtsstaatlichkeit/ Justizreform, Verwaltung, Frauenrechte aber auch in zahlreichen vor Ort dringlichen technischen Problemen (Wasser, Abwasser, Energiesektor, Landwirtschaft, etc.) aktiv werden. Entsprechende Projekte sollten auch mit der irakischen Regierung abgestimmt werden, bei Seminaren und Beratungsmaßnahmen vor Ort können arabische Teilnehmer einbezogen werden. Die Sicherheitslage lässt dies – angesichts vergleichbarer Projekte in gefährlicherem Umfeld in Afghanistan und anderen Krisenregionen – zu. Das gilt ebenfalls für Aktivitäten im Kultursektor (z.B. Goetheinstitut, Deutsche Schule, Kulturfestivals, etc.).

• Die Folgen der Saddam-Zeit sind in der Region-Kurdistan allgegenwärtig; insbesondere die Aufarbeitung des Genozids gegen die Kurden (Anfal, Halabja), die Versorgung der Opfer und ihrer Angehörigen, die Suche nach Vermissten, d.h. vor allem die Lokalisierung der Massengräber und Identifizierung der Opfer sind Hauptprobleme, bei denen internationale Unterstützung notwendig ist. Dies ist ein für Gesamtirak wichtiges Thema. Es gab bereits 2004 beim Besuch des irakischen Menschenrechtsministers Bakhtiar Amin Kontakt mit der Bundesregierung. Deutschland gilt aufgrund seiner eigenen Aufarbeitungsprozesse und Institutionen wie z.B. der Birthler-

Behörde als wichtiger Ansprechpartner. Nicht zuletzt besteht aufgrund der Lieferungen deutscher Firmen, mit denen das Baath-Regime sein Giftgasarsenal aufbauen konnte, eine – wenn auch nicht juristische – so doch moralische Verantwortung für die Bundesregierung, diese Prozesse zu unterstützen. Einwohner in Halabja fragen sich zu Recht, warum Deutschland in 19 Jahren keine medizinischen oder humanitären Projekte vor Ort unterstützt hat.

- Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Zahlreiche ausländische Firmen sind vor Ort in verschiedenen Bereichen präsent, deutsche Unternehmen kaum. Das liegt zumindest teilweise auch an fehlender politischer Flankierung.

Mögliche Aktivitäten in der Region Kurdistan

- Deutsche Vertretung und Präsenz vor Ort; die Einrichtung eines Generalkonsulats Erbil wäre dringend erforderlich, andere EU-Staaten sind vor Ort präsent (u.a. Großbritannien, Russland) oder planen Außenstellen (Frankreich). Mit nur einem entsandten und Ortskräften könnten vor Ort Aktivitäten betreut werden. Dies wäre notwendig, um die aufwendige Visaprozedur für irakische Kurden (Bagdad oder Ankara) zu beenden, insbesondere angesichts der sehr großen deutsch-kurdischen Gemeinde vor Ort.

- Das Goetheinstitut sollte vor Ort vertreten sein, zumindest als Anlaufstelle mit Ortskräften/ Dialogpunkt etc.

- Der Bedarf an DAAD-Beratung und im Bereich Hochschulkooperation ist enorm, ebenso im Bereich Berufsausbildung.

- Erhöhte diplomatische und politische Kontakte; Besuche in der Region (bisher noch kein hochrangiger Vertreter außer EU Botschafter) wären wichtig.

- Die Reisewarnung sollte modifiziert werden und die Realität der Sicherheitsunterschiede zwischen Kurdistan-Irak und den anderen Provinzen widerspiegeln.

- Stärkerer Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene wäre wünschenswert. Städtepartnerschaften oder -patenschaft könnten die Beziehungen stärken. Auch hier könnten die zahlreichen Kurden mit deutschem Hintergrund bzw. Pass eine Rolle spielen (z.B. ist der Oberbürgermeister von Erbil Bonner).

- EZ, FZ und TZ vor Ort ausweiten: Es gibt keinen Grund warum z.B. die GTZ, die in anderen Krisenregionen mit schlechterer Sicherheitslage wie z.B. in Afghanistan hervorragende Arbeit leistet, nicht auch in der Region Kurdistan-Irak aktiv werden sollte. Insbesondere im Bereich Justizreform/ Rechtsstaatlichkeit wäre dies ein Beitrag zu Stabilisierung und Demokratisierung.

- Kultur/ Bildung: Zahlreichen kurdische Rückkehrer aus Deutschland sind bereit hier eine Brückenfunktion zu übernehmen. Sie wünschen sich Unterstützung besonders für ihre Kinder (z.B. Aufbau einer deutschen Schule).

- Idee eines Kulturfestes auf der Zitadelle Erbil evtl. in Verbindung mit 20. Jahrestag 16. März Halabja 2008.

- Ökonomisch: Aktivitäten deutscher Firmen vor Ort unterstützen.

(C. Roth, MdB, claudia.roth@bundestag.de)

## Irakischer Kurde Fatah erhält Hilde-Domin-Preis

Der mit 15.000 Euro dotierte „Hilde-Domin-Preis für Literatur im Exil“ 2007 der Stadt Heidelberg geht an Sherko Fatah. Er bekommt den Preis insbesondere für seine Romane „Im Grenzland“ und „Onkelchen“ (Verlag Jung und Jung).

Sherko Fatah wurde 1964 in Ost-Berlin als Sohn eines irakischen Kurden und einer Deutschen geboren, wuchs in der DDR auf und kam 1975 nach Westdeutschland. Er lebt heute als freier Autor in Berlin.

Die Jury würdigt ihn für seine „eindrucksvolle Schilderung von Gewalt, Krieg und das Grenzängertum zwischen den Welten. Aufgewachsen mit zwei verschiedenen Kulturen hat er das Exil zum literarischen Thema gemacht“.

(dpa, 6.7.07)

## 15. Internationales Kulturfestival

„Am 1. September findet in Gelsenkirchen das 15. Internationale Kurdische Kulturfestival statt. An diesem bedeutungsvollen Weltfriedenstag wollen wir erneut unsere Forderung nach Frieden, Freiheit und Demokratie Ausdruck verleihen und ein Zeichen setzen gegen Unterdrückung, Krieg und Armut.“

Dies gilt gerade jetzt, in einer Zeit, in der die Zeichen in Kurdistan auf Krieg stehen. Da die türkische Regierung und insbesondere der Generalstab weiterhin auf die militärische Option setzen, ist die Phase eines friedlichen Prozesses durch die aktuellen Entwicklungen in der Türkei äußerst gefährdet. Die reaktionär und national ausgerichteten politischen und militärischen Eliten wollen jegliche Demokratisierungsprozesse in der Türkei verhindern, um so auf den ihre Existenz sichernden Status beharren zu können. Zudem gibt es starke Tendenzen, den weiteren EU-Beitrittsprozess zu torpedieren, auch, um Wege zur Lösung des kurdischen Konfliktes zu blockieren. Die aus dieser Haltung resultierende politisch-militärische Situation schürt den Hass und die Feindschaft zwischen den Menschen.“

Ort und Zeit: 1. September 2007, ab 12.00 Uhr, Trabrennverein, Nienhausenerstr. 42, 45883 Gelsenkirchen

Festivalbüro: Tel:0211-1711452, yekom@gmx.net

## Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/  
Demokratischen Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net,  
www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org;  
www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de,  
www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,  
http://www.navend.de/

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,  
http://www.pen-kurd.org/